

versität mit erheblichem Gewicht vertreten waren, an diesen Punkten zu untersuchen, ebenso wie deren Stellung mit ihren Auswirkungen auf die Universität gegenüber dem Abbau der Weimarer Demokratie.

Das Frankfurter Großbürgertum hatte bei der Realisierung seiner Stiftungspläne manche Schwierigkeiten zu überwinden. In dem Wilhelminischen Staat war es sich des Widerstandes der äußersten Reaktionäre sicher. So hat es noch nach der Gründung der Hochschule das preußische Herrenhaus abgelehnt, einen Vertreter der jungen Universität aufzunehmen, obgleich alle übrigen preußischen Universitäten im Herrenhaus vertreten waren. Aber bei den geänderten politischen Verhältnissen in der Weimarer Republik ist auch ein Teil der ursprünglichen Stifter mit ihrem Kinde nicht mehr glücklich geworden und setzte sich deutlich von der Universität ab.

Was Kluge schließlich geschaffen hat, ist ein Denkmal des Stifterwillens, der »die Gleichwertigkeit individueller Leistung neben dem staatlichen Tun« (S. 164) formulieren wollte. Der Beschränkung seiner Darstellung des Stifterwillens auf diesen ideologischen Ausfluß und dem Verzicht auf die Suche nach möglichen handfesteren Motiven entspricht sein Lobgesang auf das selbstbewußte Bürgertum, der die wirkliche historische Rolle dieses Bürgertums nicht erfassen kann und sogar verschleiert. Kluges Identifizierung mit diesen Kreisen kommt unterschwellig schon in seinem Sprachgebrauch zum Durchbruch. Nicht etwa wegen des einem heutigen Ohr etwas unvertrauten Stils (»einem Manne, der [...] von der Gunstsonne des Monarchen beschienen ist«; S. 18), sondern wegen einer Sprache, in der Krieg und imperialistische Gewaltpolitik durch Attribute und Umschreibungen wie »begeisternendes Erlebnis des [...] Krieges« (S. 48) oder »Krieg als die Glutsmiede des Einheitserlebens« (S. 199) etc. eine nachträgliche glorifizierende Aufwertung erfahren, wobei nicht einmal der Versuch unternommen wird, dies als den »Geist der Zeit« auszugeben. Vielmehr sind alle Wertmaßstäbe, die Kluge in seiner Universitätsgeschichte anlegt, Wertmaßstäbe dieser Generation des »Staatsbürgertums«, die an dem »begeisternenden Erlebnis des Krieges« nicht schlecht verdient hat. So ist denn auch bei diesem Buch nicht viel mehr herausgesprungen als eine Darstellung der Segnungen der freien Unternehmerinitiative auf kulturellem Gebiet, die von den übrigen Begleiterscheinungen dieser freien Unternehmerinitiative nichts wissen will und sich die Geschichte nach diesen Erfordernissen teilweise zurechtstutzt. Wenn das Zurechtstutzen teilweise gilt, so gilt durchgängig, daß die Fragen, die an die Geschichte der Universität zu richten sind, nicht gestellt werden. Kluges Buch wird den in der Frankfurter Kommunalpolitik immer noch sehr rührigen Nachfahren der Stifter gefallen.

Hajo Dröll

David Felix, *Walther Rathenau and the Weimar Republic. The Politics of Reparations*, The Johns Hopkins Press, Baltimore/London 1971, 210 S.

Die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages konnte nur schwer die tiefgreifenden Differenzen zwischen den alliierten Siegermächten überdecken. Das Missionsbewußtsein Präsident Wilsons mit seiner Forderung eines Friedens »ohne Annexionen und Kontributionen« dokumentiert die Gleichgültigkeit der ökonomisch gestärkt aus dem Ersten Weltkrieg hervorgegangenen Vereinigten Staaten gegenüber den schwerwiegenden wirtschaftlichen Problemen der Nachkriegszeit in den zerstörten westeuropäischen Ländern. Der Versailler Vertrag brachte daher auch nur eine Übereinstimmung mit kleinstem Nenner, d. h. vor allem eine deklamatorische Verurteilung des Deutschen Reiches, ohne die Fragen des national- und weltwirtschaftlichen Wiederaufbaus zu berühren. Ohne den Vertrag zu unterzeichnen, zogen sich die USA anschließend aus Europa zurück und überließen es den europäischen Alliierten, einen Weg für die Kriegsentschädigungen bzw. die Reparationen zu finden. In den zahlreichen alliierten Reparationskonferenzen, die mit dem Londoner Ultimatum vom Mai 1921, nach welchem Deutschland in den folgenden

37 Jahren jährlich rund 3 Milliarden Goldmark zu zahlen hatte, einen vorläufigen Abschluß fanden, standen jedoch keineswegs nur nationale Ressentiments der Alliierten und der Ersatz für die von den deutschen Truppen verursachten Kriegsschäden im Vordergrund. Akzentuiert hebt Felix hervor: »The ultimate responsibility was American. The United States had forced the reparation policy on the Allies by demanding repayment of \$ 11 billion in war loans«. Aus ihren zerstörten Nationalwirtschaften konnten die alliierten Regierungen die geforderte Tilgung der Kriegsschulden nicht vornehmen; »their only resource, whether real or imaginary, was the reparation claim on Germany« (S. 38).

Zu diesen Präjudizien traten in der Nachkriegszeit die Fehler im ökonomischen Denken. Die alliierten Reparationsexperten hingen noch weitgehend den Doktrinen der klassischen Wirtschaftstheorie mit ihren zum allseitigen harmonischen Ausgleich führenden Selbstregulierungspostulaten an. Ungeklärt blieb daher das Transferproblem der enorm gewachsenen internationalen Zahlungsverpflichtungen. Für Felix stellt sich die Unmöglichkeit der deutschen Reparationszahlungen bei ständig passiver Handelsbilanz, in die Milliarden gehenden Budgetdefiziten und alliierten Sondersteuern auf deutsche Importe als »simple exercise« der Wirtschaftsmathematik. Wege, aus diesem Dilemma herauszukommen, lagen scheinbar in Importsenkungen, Exportsteigerungen oder, wie von dem sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Schmidt im Kabinett Wirth vorgeschlagen wurde, in einer Verpfändung des deutschen Anlagevermögens. Eine Einfuhrsenkung hatte jedoch nur geringe Spielräume, da ein hoch industrialisiertes Land wie das Deutsche Reich Rohstoffe und Lebensmittel einführen mußte, um Fertigwaren zu exportieren (ein Drittel der Importe ging direkt wieder in den Export). Exportsteigerungen waren ebenfalls fraglich. Als die deutsche Industrie im Laufe der Geldentwertung durch Vernichtung des inneren Konsums billige Dumpingexporte auf den Weltmarkt warf, verschlossen sich die europäischen Handelspartner mit hohen Zollsätzen, um nicht die eigene Produktion zu gefährden. Eine Verpfändung deutscher Anlagen wurde ebenfalls, insbesondere von England, abgelehnt, da die auswärtigen Gläubiger größeres Interesse an der deutschen als an ihrer Heimatwirtschaft entwickeln würden. Einer der wenigen, die das Reparationsproblem nach 1918 im weltwirtschaftlichen Zusammenhang realistisch einschätzten, war der britische Nationalökonom John Maynard Keynes, dessen Konzeptionen aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg größeren Einfluß gewannen. Er empfahl den Verzicht der USA auf die Kriegsschuldforderungen an die Alliierten und eine deutsche Reparationssumme von insgesamt 30 Milliarden Goldmark, die die deutsche Regierung als langfristigen Kredit zu tilgen hätte. Ähnliche Pläne hatte auch Rathenau, der seit Sommer 1920 als Reparationsberater der Reichsregierung fungierte und von Reichskanzler Wirth im Mai 1921 zum Wiederaufbau- und später zum Außenminister ernannt wurde. Sein Vorschlag, daß Deutschland die interalliierten Schulden als Reparationen übernehmen und die USA dem Deutschen Reich eine größere Anleihe gewähren solle, fand jedoch wenig Verständnis, insbesondere in den Vereinigten Staaten.

Die an den Namen Rathenau geknüpfte »Erfüllungspolitik«, die er bereits in seiner ersten Reichstagsrede zum einzig realistischen Weg der künftigen deutschen Außenpolitik erklärte, wurde durch einen Meinungsumschwung in England nach dem Londoner Ultimatum erleichtert, als Frankreich in der oberschlesischen Abstimmungsfrage »had been aggressively supporting the Polish interest«. Das britische Kabinett Lloyd George trat zunehmend den französischen Reparationsforderungen und den französischen Sicherheitsinteressen entgegen, wobei sich vor allem die britischen Reparationssachverständigen McKenna und Sir John Bradbury durchsetzten, daß Erleichterungen für Deutschland letztlich auch Vorteile für die britische Wirtschaft brächten. Im November 1921, als Deutschland die von Rathenau geforderte internationale Anleihe nicht erhalten hatte,

weil die Alliierten um die Sicherheiten für die Reparationen fürchteten, und daraufhin um ein einjähriges Moratorium nachsuchte, das von Frankreich abgelehnt wurde, war Lloyd George entschlossen, das Reparationsproblem auf einer internationalen Wirtschaftskonferenz erneut prüfen zu lassen. Auf der zwischen Lloyd George und Briand vereinbarten Vorkonferenz in Cannes Anfang 1922 zeigte sich jedoch, daß jede Kompromißbereitschaft in der öffentlichen Meinung Frankreichs keinen Rückhalt fand. Ministerpräsident Briand, der sich für die große Sachverständigenkonferenz einsetzte, wurde von Staatspräsident Millerand zum Rücktritt gezwungen und durch den kompromißlosen Poincaré ersetzt. Auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genua versuchte Großbritannien abseits der Reparationsverhandlungen anlässlich seiner anhaltenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit der Sowjetunion als langfristigem Absatzmarkt in Kontakt zu kommen, worauf Rathenau den Plänen Lloyd Georges mit dem Rapallo-Vertrag jedoch zuvorkam, da die Sowjetunion im Augenblick ökonomisch und vor allem militärpolitisch der einzig zuverlässige Partner war. Die Isolierung des Deutschen Reiches im Westen war damit allerdings perfekt, die Versuche einer Lösung der Reparationsfrage im weltwirtschaftlichen Zusammenhang gescheitert.

Umfassend zeigt Felix die wirtschaftlichen Implikationen des Reparationsproblems, die Bedeutung der öffentlichen Meinung für den Entscheidungsspielraum der Regierungen in Deutschland, Frankreich und England und vor allem das Desinteresse der Vereinigten Staaten in der Phase vor Verabschiedung des Dawes-Plans an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Europa. (Ein Verdienst der Arbeit ist, daß sie nicht, wie man aufgrund des Titels vermuten könnte, personalistisch Rathenau in den Vordergrund rückt; biographische Hinweise zu seiner Person beschränken sich auf ein geringes Maß). Häufig werden allerdings längst bekannte Allgemeinheiten ausgebreitet, bei denen der Zusammenhang zum Kontext nicht unmittelbar erkennbar ist (z. B. Wahlergebnisse in Deutschland nach 1918). In der Analyse der ökonomischen Zusammenhänge für die Reparationsmöglichkeiten wirken die allzu glatten, mechanistischen Erklärungen häufig nicht ganz überzeugend oder müssen gar bezweifelt werden, wie zum Beispiel die Ableitung der fortschreitenden Inflation in Deutschland aus den Reparationsforderungen der Alliierten. Das entsprach genau der Propaganda konservativer Kräfte in Deutschland nach 1918. Eine genauere Betrachtung etwa der Reichsbankpolitik hätte sicher Anhaltspunkte geliefert, daß die ungelösten Transferprobleme nicht ausschlaggebend für die Geldentwertung waren. Ebenso hätten die Interessenverbände mehr beachtet werden müssen, die, wie die Verhandlungen Rathenaus mit Stinnes zeigen, durchaus in der Lage gewesen wären, die Reichsregierungen finanziell zu unterstützen, dafür aber unannehmbare Forderungen stellten (vgl. z. B. die Forderung der Industrie nach Privatisierung der Reichsbahn). Und ziemlich fragwürdig erscheint es, die Weltwirtschaftskrise letztlich als »one of the greatest consequences of the peace« zu erklären, bleiben dadurch doch konkretere Aspekte der überkapitalisierten Wirtschaft in der Weimarer Republik, für die die Grundlagen gerade in dem von Felix behandelten Inflationszeitraum gelegt wurden, im Dunkeln.

Claus-Dieter Krohn

The Great Depression Revisited. Essays on the Economics of the Thirties, ed. by Herman van der Wee, Verlag Martinus Nijhoff, The Hague 1972, X, 290 S., kart., 43,50 fl.

Absicht des Herausgebers ist, 40 Jahre nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise ihre Ursachen und vor allem ihre Lehren aus zeitlicher Distanz erneut zu vergegenwärtigen. Zahlreiche Wissenschaftler, vor allem aus den Niederlanden, den Vereinigten Staaten und aus der Bundesrepublik, versuchen in verschiedenen Beiträgen einen Überblick über die ökonomischen Voraussetzungen der Krise nach 1929 und ihre politischen und sozio-